

Ersteinst wöchentlich  
einmal: Freitag.  
Anzeigen: Die 6-spaltige  
Vorgabe 20 Pfennig.  
Im Abonnement oder bei  
Wiederholung entsprechend  
billiger.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Stimme

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungsverzeichnisse.  
Redaktion und Expedition:  
Ulm a. Donau  
Karlstraße 47.  
Telefon 1442.

Organ des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Verleger: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/222. — Druck: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an F. Barnholt, Ulm a. D., Karlstraße 47, Tel. 1442. — Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/222.

Nummer 15/16.

Ulm a. Donau, den 18. April 1919.

30. Jahrgang

**Inhalt:** Die Sozialisierung der Gewinnung. — Zerlegungsercheinungen. — Das Räteystem in der Reichsverfassung. — Zum Schluß der Koalitionsfreiheit. — Der Arbeitsmarkt im Februar 1919. — Zur Generalversammlung. — Die Sägemaschinen. — Rundschau: Die Zentralratsitzung. — Deutscher Gewerkschaftsbund. — Wohin führt der Weg? — Demokratie als Diktatur. — Ein einheitliches Arbeitsrecht. — Aus den Ortsvereinen. — Literarisches. — Briefkasten. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Bekanntmachung der Zulassung und Kranenunterstützungskasse des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter Deutschlands. — Sterbetafel. — Anzeigen. Thielmann-Halle.

## Die Sozialisierung der Gewinnung.

Alle Welt redet von der Sozialisierung der Produktionsmittel, niemand spricht von der Sozialisierung der Gewinnung, des Kopfes, des Herzens. Und doch ist das Erstere so unbedingt abhängig von dem Letzteren, daß man sagen muß, der Sozialismus der Produktionsmittel steht und fällt mit dem Sozialismus der Gewinnung. Ja, wenn der Sozialismus der Gewinnung vorhanden wäre, bräuhete man sich um den Sozialismus der Herstellung und des Verbrauchs gar nicht zu bemühen, er wäre von selber gegeben. Menschenliebe, Brüderliebe, Freundschaft, Herzengüte das alles ist nämlich nichts anderes wie Sozialismus der Gewinnung. Wenn jeder teilt mit dem andern, was er hat, wenn jeder gerne gibt, wenn keiner mehr zu ergattern versucht als ihm zusteht, aber gerne opfert so lange er mehr hat als der andere, dann haben wir Sozialismus der Gewinnung. Das ist der Kern und Sinn aller Religionen, das ist insbesondere der wahre Inhalt des Christentums, daß die Menschen in gegenseitiger Liebe einander dienen und sich das Leben erleichtern sollen. Das ist aber auch die Stelle wo Theorie, Lehre und Praxis sich so fern wie möglich sind.

Die sozialdemokratische Lehre, die auf dem Boden des Materialismus steht, sagt, daß eine reine Gewinnung in der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich sei. So lange es Privatbesitz gebe, suche jeder sich zu bereichern, sucht jeder dem andern etwas wegzunehmen. Es werde der Kampf aller gegen alle geweckt. Erst wenn aller Besitz gemeinsam sei, entstehe wahre Menschenliebe. Die Liebe geht eben durch den Magen und die Gewinnungen entstehen erst an einem für alle gleichmäßig gedeckten Tisch. Im Gegensatz dazu steht der Idealismus. Er will zuerst die Köpfe und Gewinnungen wecken. Er will alle Besserung aus dem menschlichen Geiste

erwasen lassen, aus dem tiefen sittlichen Empfinden der Seele. Er weiß zwar, daß man bei vielen Menschen den sittlichen Ernst dadurch leichter erwecken kann, daß man ihn aus Not und Elend heraus hebt. Aber gerade bei den sittlich höchsten Menschen, bei denen, die am meisten Opfer bringen, am freudigsten ihre Pflicht tun, spielt der materielle Trieb zu Geld und Wohlstand und Wohlleben eine geringe Rolle. Sie opfern sich für die Gesamtheit und würden sich entehrt fühlen, täten sie das um des materiellen Gewinnes wegen.

Der Sozialismus will die Menschen vom äußern Zwang zur Arbeit befreien. Er will jedem Nahrung und Unterhalt und Anteil am Besitz geben. Und glaubt, danach würde jeder aus innerer Freude an der Arbeit, aus Interesse an der Allgemeinheit, aus Menschenliebe in der Arbeit seine Pflicht tun. An die Stelle des äußeren Zwanges mit der Hungerpeitsche will er den inneren Trieb zur freiwilligen Arbeit stellen. Nach den Angaben Rautskys soll dieser freie Trieb die Menschen sehr viel leistungsfähiger machen. Weil sie freudig und begeistert arbeiten, schaffen sie mehr,

erfinden Verbesserungen aller Art in dem sie ihre Gehirne anstrengen, um der Gesamtheit zu nützen. Trete daneben noch die technische Organisationskunst, verbessere man die Einrichtungen, so werde die Menschheit so leistungsfähig, daß sie mit einem Bruchteil des bisherigen Arbeitstages auskomme und dabei reicher sei als je in der Vergangenheit.

Gewiß brachte auch die Revolution den sozialistischen Traum noch nicht zur Erfüllung. Aber sie konnte seinen Beginn bringen und hätte ihn wohl gebracht, wenn sich gezeigt hätte, daß auch nur ein Teil von der Menschenliebe, von der Dienstfreude an der Allgemeinheit bei allen Sozialisten bestanden hätte. Statt dessen zeigte sich von allem das Gegenteil. Es erwuchs eine ungeheuerliche Begehrlichkeit. Jeder suchte die höchste Not des Landes auszunützen, um noch einige Mark mehr zu erhalten. Derweil das Land nach Kohlen schrie, ruhen die Haden der Bergleute. Derweil jeder Eisenbahnwagen, jede betriebsfähige Lokomotive ein Stückchen Wegs zur Erholung zum Ausfluge werden wäre, sank die Arbeitslust, die Arbeitsfreude. Man redete und polemisierte in den Betrieben über tausend Dinge, während das einzige was uns retten konnte, vernachlässigt wurde, die großen Generalkrisen waren Riesenerbrechen am Volke.

Ihr Krönung war der Berliner Beschluß die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in den Händen der Verbundenen und Erfricren der Menschen zu politischen Vorteil zu erzwingen. Und so treibt der Lebensmittelmangel die Preise hoch, um sich an Hunger und Tod zu sättigen. Der Bauer gibt aus demselben Grunde Lebensmittel in den Scheichhandel. Und wenn die Fabrikanten und Unternehmer heute weniger Geschäft machen, so darf man nicht vergessen, daß sie in vier langen Kriegsjahren diese Ausbeutung alle schon ausgiebig betrieben haben. Genug, in einer Zeit, wo wir den wahren Sozialismus, den Sozialismus der Gewinnung mehr als je gebraucht hätten, da erhebt sich der menschliche Egoismus, die Selbstsucht, der Haß noch einmal riesengroß und zertrümmernd noch den Rest, der uns geblieben war.

Die Ereignisse hämmern es in diesen Tagen auch der Sozialdemokratie endlich ein, daß der materielle Besitz die Menschen noch nicht besser macht wie bisher. We es große Geldverdiener und Besitzer gibt, die dabei Verbrecher sind und bleiben, so gibt es auch sozialistische Arbeiter, die vollgepackt mit Marxismus und bei guten Löhnen Verbrecher gegen die Menschheit sind. Nicht der Besitz an sich macht uns besser, sondern allein

### Der Adel der Gewinnung.

Die Begeisterung für die Menschheit. Nicht der Materialismus kann uns erlösen, sondern nur der Sozialismus der Gewinnung. Wohin dieser Sozialismus, genannt Idealismus in unsern Köpfen und Herzen, so werden wir uns die Produktions- und Verbrauchseinrichtungen schaffen können, die am besten sind. Dienen wir mit unsern besten Kräften dem ganzen Volke, dienen wir ihm aus dem Adel der Seele und der Gewinnung, dann, aber auch nur dann, ist Sozialismus der Produktion möglich.

## Zerlegungsercheinungen.

Es scheint, als wenn doch diejenigen Recht behalten, die nach den Spaltungen in der politischen Sozialdemokratie, auch eine Spaltung der freien Gewerkschaftsbewegung für unvermeidlich hielten. Zwar liegen zur Zeit noch die Dinge so, daß man unter dem Vorwand der Einheitsorganisation mit terroristischen Mitteln alle andersorganisierten Arbeiter und Angestellte in die freien Gewerkschaften zu zwingen versucht, doch von einer wachhaften „Einigkeit“ ist selbst in den „freien“ Gewerkschaften keine Rede mehr. Alte verdiente Gewerkschaftsführer werden in dieser sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung heute abgesetzt, weil sie als Mehrheitssozialisten andern nicht mehr radikal genug sind und auch zu vernünftig, um die Erfolge ihrer Lebensarbeit durch Gewaltakte und Phrasen zu vernichten. Im deutschen Holzarbeiter-Verbande zeigen sich ebenfalls solche Zerlegungsercheinungen. Am 23. Februar 1919 haben die Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes in Leipzig sich in einer scharfen Resolution gegen die Verhandlungspolitik ihres Verbandsvorstandes gewandt. Es hieß dann weiter in der Entschlieung:

„Ferner protestiert die Versammlung mit allem Nachdruck gegen die einseitige, irreführende und kapitalistische Interessen vertretende Haltung der Holzarbeiter-Zeitung; sie führt den Kampf nicht mehr gegen Ausbeutung und Profitgier des Unternehmertums, sondern hat sich die Befämpfung der eigenen Klassenossen . . . bis zur äußersten Grenze jedes moralischen Ansehens zur Aufgabe gemacht. Die Leipziger Holzarbeiter können dieselbe aus diesen Gründen und unter der jetzigen Leitung nicht mehr als gewerkschaftliches Kampforgan anerkennen. Die Leipziger Holzarbeiter verurteilen diese ganze Gewerkschaftspolitik; sie fordern ihre Verbandsinstanzen auf, die . . . nicht mehr als ihre Führer anerkannt werden können, da sie das Vertrauen der Mitglieder verloren haben, ihre Konsequenzen zu ziehen und ihre Mandate sofort niederzulegen.“

Im Bericht wird weiter ausgeführt, daß Gerike das Wort ergriffen hätte, aber einsehen mußte, daß er für eine verlorene Sache kämpfe. Seine Ausführungen erweckten so starken Widerspruch, daß er am Weiterprechen verhindert war. Er versuchte, die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“, des Verbandsvorstandes und seine eigene zu rechtfertigen, ohne einen Eindruck zu erzielen. Nur der dringenden Bitte der Oppositionsredner hatte er es zu verdanken, daß man ihm zuhörte.

In einem Versammlungsbericht der Kontrollkommission der Ost 17 heißt es u. a.:

„Auch die Maßnahmen gegen die deutschen Arbeiter seitens des Reichswehrministers Noske fanden keine Gnade und wurde gegen diesen Verbandskollegen der Ausschluß aus dem Verband beschlossen.“

Dazu schrieb dann das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes:

„Daß die Ganz- und Halbsparkassen, die der sozialdemokratische Holzarbeiter-Verband in seinen Reihen zählt, For-

derungen erheben, denen ein vernünftiger Mensch nicht zustimmen kann, muß als möglich in Kauf genommen werden. Bezeichnend ist aber für den Einfluß, den die Spartakisten im sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verband bereits erlangt haben, die Tatsache, daß es die Holzarbeiter-Zeitung nicht wagt, sich vor den Reichswehrminister Noske zu stellen. Dieser, von Beruf Holzarbeiter, ist Mitglied des Verbandes und einer der sympathischsten führenden Personen. Jeder Mensch mit Gefühl und Ordnung und Anstand wird Noske nur Dank wissen, daß er mit eiserner Faust dazwischenfuhr und den Berliner Spartakisten das Verbrecherhandwerk legte. Gegenüber den riesigen Bestalitäten, die sich das Gefindel Berlins erlaubte, war Schonung und Milde durchaus nicht am Platze. Die Aufgabe Noskes, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, war eine recht undankbare und viel Mut gehört dazu, eine solche Aufgabe zu übernehmen. Noske besaß Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volke und nichtshäter weiter verbrochen, als daß er die Pflicht erfüllte, die sein Gewissen und sein Mandat ihm gaben. Für seine Pflichterfüllung soll er jetzt „fliegen“. Daß die Holzarbeiter-Zeitung nicht den Mut findet, ihr Verbandsmitglied Noske zu verteidigen, zeigt recht deutlich die Furcht und Angst, die man vor den Spartakisten in den eigenen Reihen hat, zeigt, daß Recht und Pflicht im sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verband nicht geküßt werden. Den Verbrechern am Volke freie Meinungsäußerung — für den Verteidiger der Volkswohlfahrt nicht ein Wort der Verteidigung!

Die Holzarbeiter-Zeitung ist gewiß in arger Bedrängnis. Tausende der Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes stehen zu jenen Banditen, Blinderern, Marodeuren und Verbrechern aller Art, die in Berlin und anderen Städten Deutschlands den Bürgerkrieg entfachten und sich in einem Blutbade wohlfühlten. Ihnen die Wahrheit verb und ungeschminkt zu sagen, führt ohne Zweifel zum Verlust der Mitgliedschaft. Bei ihrem Abgang aber verliert der sozialdemokratische Holzarbeiter-Verband in einer Reihe von Großstädten erheblich an Macht. Sie waren die treibenden Kräfte im Klassenkampf, ihr Draufgängertum war es, das dem Verband die Mitglieder massen zuführte. Darum rechnet man mit ihnen, kommt ihnen entgegen, selbst da, wo Recht und Pflicht eine andere Stellungnahme gebieten.

Eine solche Haltung muß zum Unglück der Arbeiterchaft ausschlagen. Eine Leitung, die nicht mehr den Mut findet, die Ordnung, das Recht und die Freiheit gegenüber terroristischen Mitgliedern zu verteidigen, untergräbt sich selbst ihr Ansehen.“

Da nun schon im November 1918 eine Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin beschloß, auch das Organ der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die „Freiheit“ und das Blatt der Spartakisten die „Rote Fahne“ als Publikationsorgan des Verbandes zu erklären, darf man sich nicht wundern, wenn es nun am Sitz des deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin eigenartig zugeht. Nach einem Bericht des sozialdemokratischen Zentralorgans, dem „Vorwärts“ vom 22. März hat man die Berliner Gewerkschaftskommission, den Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes, die Holzarbeiter-Zeitung und die Verwaltung der Berliner Zentralstelle stark angegriffen und ihnen das Vertrauen entzogen, G. L. o. c. der seit 35 Jahren an der Spitze der Berliner Organisation steht versuchte sich zwar zu verteidigen und das frasse Mißtrauensvotum abzuwenden, doch vergebens. In der angenommenen Resolution, die den gewerkschaftlichen Körperschaften und den Beamten des Holzarbeiterverbandes jedes Vertrauen entzieht, wird noch verlangt:

1. vom Gewerkschaftskongreß:
  - a) Beseitigung der Generalkommission.
  - b) Rückführung der Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes,
  - c) Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgeberverbänden;
2. vom Verbandstag:
  - a) Nichtwiederwahl derjenigen Vorstandsmitglieder und Gauvorsitzer, die auf dem Boden der Politik der Generalkommission stehen,
  - b) Abberufung des Redakteurs der „Holzarbeiter-Ztg.“

Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften mit dem Arbeitgeberverband.

Angesichts solcher Vorgänge, die sich nicht bloß in Berlin sondern auch in anderen Orten und freien Gewerkschaften zeigen, braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn einige Verbände mit dem Mittel des Terrors und auch der persönlichen Verdächtigung von Gewerkschaftsbeamten versuchen, Mitglieder unseres Gewerkschafts zum Uebertritt zu bewegen. Aber unseren Kollegen werden die Augen aufgehen. Wer ständig Mißtrauen läßt, weiß nicht wann und wie es aufgeht. Wir dagegen wollen uns hüten in die gleichen Fehler zu verfallen. In erst kollegialer Weise achten wir jede ehrliche religiöse und

politische Überzeugung des Nebenmenschen und ständig wollen wir bedacht darauf sein, solche Mitglieder für unsern Gewerksverein zu gewinnen.

Der Kongress der freien Gewerkschaften, sowie die Verbandstage derselben, werden in den nächsten Wochen sicher ein Spiegelbild der politischen Kampfe geben. Ob auch eine Spaltung kommen wird und radikale freigewerkschaftliche Kreise in das anarcho-sozialistische Lager abzuweichen, wer kann es sagen? Freuen wird sich kein Arbeiterfreund über diese Dinge in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Denn wer nicht mit Blindheit geschlagen, wird nicht leugnen können, daß die Tarifverträge und die Arbeitsgemeinschaften im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft und des deutschen Wirtschaftslebens liegen. Und welchen Nutzen haben alle Organisationen nicht davon gehabt, daß sie ihre besten Kräfte nicht im gegenseitigen Organisationsstreit vergendeten, sondern sich unter Wahrung gegenseitiger Achtung zu praktischer Arbeit die Hand reichten? Die Gewerkschaftsorganisation wird auch im neuen Deutschland nicht entbehrt werden können. Wenn es aber zur innerlichen Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung beiträgt, daß sich trennt, was nicht zusammenbleiben kann, dann kann es uns nur recht sein. Wir wollen hoffen, daß dann jedoch die Zeit kommt, wo alle vernünftigen Arbeiter u. Volksfreunde sich sammeln, um als ein einzig Volk von Brüdern durch Arbeit, Ordnung und Gerechtigkeit bessere Tage sich zu sichern. W.

### Das Räteystem in der Reichsverfassung.

Die Reichsregierung hat sich nun doch entschlossen, das Räteystem in der Reichsverfassung zu verankern. Sie schlägt vor folgende Artikel darin aufzunehmen:

Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmen an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsamt zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstage dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstage zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrats zu behandeln sind.

Den Arbeitern und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt.

In der Begründung wird u. a. gesagt: Die Ausführungen im einzelnen müssen einem Spezialgesetz vorbehalten bleiben, das möglichst bald der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. In diesem Gesetz wird auch das Verhältnis der in dem Entwurf vorgesehenen Einrichtungen zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern, z. B. den Arbeitsgemeinschaften, zu bestimmen sein.

Dem Arbeiterrat fällt die Vertretung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen zu, auch andere Angelegenheiten, die Arbeiterinteressen berühren. Vor allem das Wohnungswesen und Gesundheitswesen muß in den Arbeiterräten wahrgenommen werden. Die Arbeiterräte sind ihrem Wesen nach die Verwirklichung der alten Arbeiterforderung nach der Errichtung von Arbeiterkammern. Die Betriebsarbeiterräte werden erweiterte Funktionen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu übernehmen haben. Es müssen ihnen auch solche Aufgaben zugewiesen werden, die bisher die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse bei ihrer rein sozialpolitischen Einwirkung nicht besaßen haben. Solche Aufgaben liegen auf wirtschaftlichem Gebiete. Ob die Betriebsräte neben den bereits bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüssen eingerichtet werden sollen oder in diesen Ausschüssen oder in den Betriebsräten aufgehen sollen, bleibt der Entscheidung durch das in Aussicht genommene Reichsgesetz vorbehalten.

Die in dem Gesetz in Vorschlag gebrachten Wirtschaftsräte sind dazu berufen, den Arbeiter als Produzenten an der ge-

samtwirtschaftlichen Tätigkeit zu beteiligen. Den Wirtschaftsräten muß in der Gestaltung ihrer Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung möglichst weitgehende Freiheit eingeräumt werden, damit sie in der Lage sind, für die Bedürfnisse der einzelnen Wirtschaftszweige und für andere besondere Aufgaben, die ihnen angemessenen Einrichtungen zu schaffen. Die gesetzliche Sozialisierung kann durch die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit der Wirtschaftsräte gefördert werden. Das Recht zur gesetzgeberischen Initiative, das den Wirtschaftsräten und den Arbeiterräten zuzuflehen soll, ist geeignet, das politische Parlament jederzeit unmittelbar vor die wichtigsten Lebensfragen zu stellen, die das wirtschaftliche und soziale Leben aufwirft. Es ist weiter wünschenswert, daß besondere Aufgaben der sozialpolitischen Verwaltung der allgemeinen Verwaltung entzogen und auf die Wirtschaftsräte übertragen werden. Diese Selbstbestimmungsorganisation dient dem Staate, der in einer Gesetzgebung entlastet wird und dient der Wirtschaft, deren regulierende Arbeit verschärfert wird, wenn die Beteiligten sie selbst unmittelbar gestalten.

### Zum Stube der Koalitionsfreiheit

haben unsere 4 Kollegen, die Mitglied der Nationalversammlung sind, mit ihrem Fraktionsgenossen Wid folgende Anfrage in der Nationalversammlung eingebracht:

„In verschiedenen Städten des Reiches wird von radikalen Elementen auf die organisierten Arbeiter ein Druck ausgeübt, sie zum Austritt aus ihren Gewerksvereinen und zum Uebertritt in die Freien Gewerkschaften zu bewegen. Beim Abschluß von Tarifverträgen wird von derselben Seite die Teilnahme anderer Arbeiterverbände abgelehnt. Am 8. und 9. März dieses Jahres hat der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung für Thüringen in Weimar einen Vertragsabschluß vermittelt, wonach nur Arbeiter, die in Freien Gewerkschaften organisiert sind, neu eingestellt werden dürfen.“

Sind der Reichsregierung solche Vorgänge bekannt? Welche Schritte gedenkt sie zu tun, um das freie Koalitionsrecht im demokratischen Staat zu schützen.“

Weimar, den 26. März 1919.

Erkelenz, Gleichauf, Hartmann (Berlin)  
Wid, Ziegler.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Reichsregierung zu dieser Frage stellt, und welche Antwort sie geben wird.

Außerdem hat unser Verbandskollege Hartmann Veranlassung genommen, am 29. März in der Nationalversammlung auf die Frage der Gewährung der Koalitionsfreiheit einzugehen. Der Reichswehrminister Noske hatte in einer Rede zum Motivat darauf hingewiesen, daß sich in den Staatswerkstätten unhaltbare Zustände herausgebildet hätten, die eine geradezu unverantwortliche Verschleuderung von Reichsgeldern zur Folge haben. Hunderttausend Mt. wurden Tag für Tag an Lohn gezahlt, ohne daß irgend welche gewinnbringende Tätigkeit geraume Zeit hindurch in diesen Werkstätten ausgeübt wurde. Diese und gleichartige Ausführungen des Ministers geben unserem Verbandskollegen Hartmann Veranlassung in kurzen Ausführungen auf diese Dinge einzugehen und zu betonen, daß gegen die nicht den Freien Gewerkschaften angehörenden Arbeiter, Gewerksvereine und Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften ein unerbittlicher Terrorismus durch die überradikalen Elemente in der Arbeiterschaft ausgeübt würde. Hartmann ersuchte den Minister darauf hinzuwirken, daß auch in den Staatsbetrieben die Koalitionsfreiheit, die auch im Verfassungsentwurf festgelegt sei, genügend geschützt würde. Der Reichsminister Noske erklärte hierauf, daß er versuchen würde, diesem Wunsch selbstverständlich mit allen Mitteln Rechnung zu tragen.

Nach dieser Erklärung des Ministers Noske, der hoffentlich recht bald eine bündige Antwort der Reichsregierung auf die oben angeführte Anfrage folgen wird, liegt es nun an unseren Kollegen auch ihrerseits das Notwendige zu tun, um ihre Koalitionsfreiheit zu verteidigen. Wir bitten unsere Kollegen auch, uns von jeder Maßnahme umgehend Mitteilung zu machen, die als eine Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit angesehen werden kann, damit Abhilfe möglich ist.

### Der Arbeitsmarkt im Februar 1919.

Die dem Statistischen Reichsamt zugegangenen Berichte lassen erkennen, daß die wirtschaftliche Lage im Februar sich ebenso ungünstig wie im Vormonat gestaltet hat, wenn auch die Arbeitslosenzahl infolge einer stellenweise leichten Besserung des Arbeitsmarkts in der zweiten Hälfte des Monats

etwas abgenommen hat. Während sie gegen Anfang Februar 909 800 betrug, war sie am 19. Februar auf 1 100 889 gestiegen, ist dann aber in den ersten Tagen des Monats März auf 1 076 868 zurückgegangen. Die Arbeitslosenzahl in Groß-Berlin zeigte zwar Ende Februar eine Zunahme gegen den Bestand am Anfang des Monats (280 917), war aber vom 27. 682 am 28. Februar auf 274 835 am 28. Febr. gesunken.

Der Mangel an Rohstoffen, die wachsenden Verkehrsverlegenheiten — Wagenmangel, häufige Sperrungen wichtiger Bahnstrecken, Unregelmäßigkeiten auch im Siliadgutverkehr —, die infolge der Unruhen im schlesischen und Ruhrbezirk völlig ungenügenden Kohlenzufuhren sowie die außerordentlich hohen Löhne in Verbindung mit der verkürzten Arbeitszeit und der Minderung der Arbeitsleistung infolge steigender Arbeitsunlust verringerten die Leistungsfähigkeit aller Betriebe in steigendem Maße. Viele von ihnen dürften nicht in der Lage sein, die Arbeiter weiterhin nur mit Behebersarbeiten zu beschäftigen; auch werden immer mehr Unternehmungen zum Stillstand und zu Arbeiterentlassungen gezwungen. Die Unterbindung des Verkehrs mit Rheinlands-Westfalen und dem Saargebiet erweist sich immer mehr als verhängnisvoll. Die künstliche Auseinanderreißung dieser eng miteinander verbundenen Gebiete führt auf die Dauer zu wirtschaftlichen Schädigungen schwerster Art. Die Abzugsmöglichkeiten im In- und Auslande werden im großen und ganzen als nicht ungünstig angesehen; sie werden aber im Inlande durch die äußerst verschärften Verkehrsverhältnissen ebenso erschwert wie die Ueberabnahme von Auslandsbeziehungen durch die Fortdauer der Wirtschaftsbloade. Die Erhöhung der Herstellungskosten infolge Rückgangs der Arbeitszeit bei gleichzeitig steigenden Löhnen und hohen Rohstoffpreisen ist so bedeutend, daß schon aus diesem Grunde mit einiger Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vorläufig nicht gerechnet werden kann. Die Hauptindustriezweige zeigen noch das gleiche unglückliche Bild wie im Vormonat, wenn auch hier und da eine leichte Besserung des Geschäftsganges nicht zu verkennen ist. Besonders hat sich die Lage in der Eisenindustrie so kritisch zugespitzt, daß infolge der in den letzten Monaten immer schärfer hervorgetretenen Erntet mit einem völligen Zusammenbruch gerechnet werden muß. — Auch die Lage in der Papier-, Leder-, Holz-, Schokoladen- und Tabakindustrie muß noch als besonders ungünstig bezeichnet werden.

Nach den Feststellungen von 29 Fachverbänden, die für 2 616 732 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Februar 157 658 oder 6,0 v. H. Im Januar war von 33 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 6,6 v. H. berichtet worden; die Arbeitslosigkeit ist demnach diesmal etwas zurückgegangen. Im Februar der drei vorhergehenden Jahre sowie des Jahres 1914 war sie wesentlich niedriger als im Berichtsmontat, sie betrug 1918: 0,8, 1917: 1,6, 1916: 2,8, 1914: 3,7, dagegen im Jahre 1915: 5,1 v. H.

Der Geschäftsgang in den S a g e - u n d H o b e l w e r t e n erscheint nach der eingegangenen Berichterstattung im allgemeinen als ruhig, doch war eine ausreichende Beschäftigung vorhanden. In der M o b e l i n d u s t r i e wird ein sehr lebhafter Geschäftsgang festgestellt, die Beschäftigung in den F a b r i k e n erscheint als mäßig und geringer als im Vormonat. Aus der K o r b w a r e n i n d u s t r i e wird berichtet, daß die Beschäftigung im allgemeinen ausreichend gewesen ist. Der Umsatz in feinen Korbbwaren war bedeutend stärker als im Vormonat und auch im Vorjahr, während die Geschäftsbereitstellung ruhte. Für Korbbmöbel gab es reichlich zu tun. Die Beschäftigung in der S c h r i m i n d u s t r i e wurde als schwach bezeichnet.

### Zur Generalversammlung.

Eine kurze Spanne Zeit trennt uns noch von der Generalversammlung unseres Gewerksvereins und da wird es gut sein, wenn über wichtige Fragen ein Meinungsaustausch in unserer Zeitung erfolgt. Allerdings rein sachlich muß die Aussprache sein und ich will beginnen mit dem Verhältnis unserer Krankenkasse zum Gewerksverein. Während früher die Gewerksvereine in Unterstützungskassen eine führende Rolle hatten und deswegen von anderen Organisationen verachtet und verhöhnt, haben doch die andern Gewerkschaften die Einrichtungen der Gewerksvereine nachgeahmt, ja zu erweitern versucht. In diesem Falle durch Einführung der sogenannten Erwerbslosen-Unterstützung, die auch im Krankheitsfalle eintritt. Nun wie sieht es bei uns aus? Fragt einer beim Eintritt in den Gewerksverein, ob wir auch Krankengeld bezahlen, so müssen wir auf unsere besondere Krankenkasse verweisen. Oft sagt man, ja, in eine besondere Krankenkasse will ich nicht, warum zahlt man nicht auch für die Gewerksvereinsbeiträge Krankengeld. Die richtige Auffklärung jedem zu geben, hält oft schwer, weshalb ich vorschlage zu prüfen, ob man nicht die besondere Krankenkasse aufheben soll und gleich die Beiträge so erhöhen, daß man dafür auch im Krankheitsfalle davon Unterstützung zahlt. Es muß natürlich ein Weg gesucht werden, der den alten Mit-

### Die Sägemaschinen.

Ihre Entwicklung und Technik.

Von Th. W o l f - F r i e d e n a u .

(Schluß.)

Die Sägemühlen dienen nicht nur der Herstellung von Brettern, Latten, Balken und ähnlichen Werkstoffen aus dem Stammholz, sondern auch der Herstellung der Furniere, also dem Zerhacken oder Holzspalten, wie Kiefernholz, Mahagoni, Eichenholz usw. in ganz dünne Blätter, die als Auflage für Möbel aus geringerer Holzarten verwendet werden. Der Herstellung der Furniere dient freilich nicht die große Bretterfläge, sondern die viel kleinere Furnierfläge, die im übrigen aber ebenso wie die Bretterfläge in das Gatter der Sägemaschinen eingespannt wird.

Die hier schon besprochenen Sägemaschinen, die Gatterflägen, dienen lediglich der Herstellung des vollen Holzes in kleinere Werkstücke, nicht aber der weiteren Bearbeitung derselben in den Werkstätten der verschiedenen holzverarbeitenden Gewerbe. Doch gibt es auch Sägemaschinen für solche Verwendungszwecke, unter denen vor allem die Kreisfläge zu nennen ist, die heute in nahezu jeder Holzbearbeitungswerkstatt, der gewöhnlich wie der Kleinen, ein so überaus wichtiges und erfolgreiches Werkzeug geworden ist. Auch über den Erfinder der Kreisfläge ist nichts bekannt, wahrscheinlich ist, daß diese Ma-

schine sich aus ähnlich gestalteten und ähnlich wirkenden, wenn auch für andere Verwendungszwecke bestimmten Werkmaschinen anderer Gewerbe, wie etwa der Uhrenräsmaschine, entwickelt hat, indem solche Maschinen gelegentlich auch zum Holzschneiden verwendet wurden, woraus man ganz von selbst zur Herstellung von ähnlichen Werkmaschinen für die Holzbearbeitung geführt wurde. Schon im 16. und 17. Jahrhundert sollen Kreisflägen in dem von jeher eine ausgedehnte und hoch entwickelte Holzindustrie betreibenden Holland, dem Erfindungsland der ersten Windflägemühlen, verwendet worden sein, ohne daß wir hierüber jedoch genauere Mitteilungen hätten. Dagegen erhielt im Jahre 1777 der Engländer Samuel Müller ein Patent auf eine durch Wind betriebene Kreisfläge zum Schneiden von Holz, Stein oder Eisenblech, doch bezog sich dieses Patent vornehmlich auf die Antriebsweise, weniger auf das Blatt der Fläge. Um die Wende des vorigen Jahrhunderts wurden dann in England wie auch in Frankreich und Deutschland Kreisflägen in den Sägemühlen wie auch in den großen Holzbearbeitungswerkstätten allgemeiner angewandt, und mit der Entwicklung der Dampfmaschinen gelangten auch sie allmählich zu erheblicher technischer Bedeutung. Jedoch erst der neueren Zeit war es vorbehalten, die Kreisfläge vermittelst des Hand- und Fußbetriebes in einer für den kleineren Kraftbetrieb geeigneten Form auch zur Werkmaschine für die kleineren Werkstätten umzugestalten und damit den holzverarbeitenden Handwerkern aller Gewerbe ein so überaus wertvolles und erfolgreiches technisches Hilfsmittel zu schaffen.

Endlich muß auch noch der Bandsäge gedacht werden, als deren Erfinder der Engländer William Newberry zu nennen ist, der sich im Jahre 1808 ein Patent auf ein endloses über zwei übereinander gelagerte Rollen geführtes Sägeband geben ließ, dessen Antriebs- und Wirkungsweise er bereits ganz nach der Art der heutigen Bandsägen ausgeführt hatte. Newberry vermachte jedoch nicht, eine größere praktische Anwendung seiner Erfindung in den Sägemühlen oder Werkstätten herbeizuführen, das gelang erst etwa ein halbes Jahrhundert später dem Franzosen Perin, der auf der Pariser Weltausstellung vom Jahre 1855 diese Art von Sägen zum ersten Male öffentlich vorführte und dadurch die allgemeine Aufmerksamkeit der Interessentkreise auf die neue Säge lenkte. Jetzt erst überzeugte man sich von den bedeutenden Vorteilen der Säge für zahlreiche Arbeiten der Holzbearbeitung, und im Laufe weniger Jahre gelangte jetzt die Bandsäge in den Sägemühlen wie auch in den Fabriken zur allgemeinen Anwendung. Der Ingenieur Heder in Braunschweig machte dann die Bandsäge, die bis dahin lediglich für den Kraftbetrieb der Sägemühlen und Fabriken ausgeführt wurde, auch für den Werkstattbetrieb des kleineren und mittleren Gewerbetreibenden geeignet, indem er sie mit Vorrichtungen für den Handbetrieb versah.

gliedern der Randklasse die Rechte wahr. Ich höre jetzt schon Stimmen, die sich gegen meinen Vorschlag wenden, doch ich glaube, er liegt im Interesse der Vorwärtswindung, welches Gewerkschaften.

A. R o t h e - Breslau.

o o o o Aus den Ortsvereinen. o o o o

soziale und politische Zukunft der Arbeiterschaft, sowie der gesamten Völkern in ehrlischer Zusammenarbeit mit den übrigen wirklich demokratisch und sozial denkenden Korporationen zu fördern und starker zu stellen.

Nur in strenger und vernünftiger Organisationsweise der Arbeiter in wirtschaftlicher und politischer Beziehung wird es möglich sein, den Einflüssen der Reaktion, mögen sie von rechts oder links kommen, zur Wehr zu stehen, um sich vor großem, staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Schaden zu bewahren. Die Tagung verurteilt entschieden die Bestrebungen, die Arbeiter in Streiks zu hegen, um politische Forderungen zu erzwingen. Sie erwartet von allen Mitgliedern und freiwillig gestimmten Arbeitern, daß sie auch in kommenden ersten Tagen rücksichtslos die Beachtung der Regeln zur Vorbereitung gewerkschaftlicher Kämpfe fordern und alle Elemente mit Verachtung von sich weisen, die sich sonst nie um Arbeitsinteressen kümmern. Um unserer staatsbürgerlichen Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen, erachtet es die Versammlung als Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder, sich auch politisch zu betätigen. In erster Linie ist dabei diejenige Partei zu unterstützen, welche unseren freiheitlich-demokratischen Grundsätzen am nächsten steht und bei Aufstellung der Kandidaten auch den deutschen Gewerkschaften eine parlamentarische Vertretung gesichert hat. An alle Mitglieder geht die Aufforderung, unermüdet die deutschen Gewerkschaften in ihrem Aufstieg durch rege Agitation zu unterstützen.

Herr Rechtsanwalt Dr. S t r a u ß ergriff sodann das Wort und gab seiner Genugtuung über das Referat Ausdruck und gestellte auch das Gebahren demokratisch seinwollender Pressen, die in letzter Zeit alles zeitige nur nichts demokratisches. Sodann ergriff noch Herr Gemeindegewaltigster H o m m e r s o h n das Wort, der sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklärte. Hierauf dankte der Vorsitzende Kollege K ä s e r dem Redner sowie allen Diskussionsrednern für die einmütigen Ausführungen; ebenso dankte er den zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen und Gästen für den zahlreichen Besuch und schloß sodann die eindrucksvolle Versammlung mit dem Wunsch, es mögen alle Mitarbeiter, daß ein einmütiges Deutschland und eine starke Gewerkschaftsbewegung aufs neue gezeitigt werde.

Dieser Versammlung schloß sich noch eine Konferenz des frankischen Bezirksverbandes an, die von allen Ortsvereinen beschickt war; bei dieser erstattete Arbeitersekretär Winter den Tätigkeitsbericht des Arbeitersekretariats für das Jahr 1918 bis 1919. Der überaus arbeitsreiche Bericht wurde allseitig gewürdigt und dem Sekretär Dank und Zufriedenheit ausgesprochen. Dem anschließend erstattete Kollege K ä s e r den Kasienbericht, der zu keiner Beanstandung Veranlassung gab; einmütiges Lob und Dank wurde ihm für die musterghilftige Kasienführung gezollt. Die darauf folgende Neuwahl des Bezirksvorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Landtags abg. S c h n i t z l e r, 2. Vorsitzender Hans L o d e r, Kassier J. D. K ä s e r, Schriftführer Ch. H o h. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen K r e u z e r und S i l p e r t aus Fürth. Nachdem nun sonstige verschiedene Punkte erledigt waren, und die Zeit für die auswärtigen Kollegen zur Abreise mahnte, schloß der Vorsitzende Herr Kollege Käser mit Worten des Dankes und dem Wunsch auf baldiges Wiedersehen die schön-verlaufene Konferenz.

Danzig. Im Rahmen eines Ortsverbandes bestehen an vielen Orten noch Einrichtungen wie Musikerkorps, Gesangsvereine u. a. m. die zum größten Teil von den Mitgliedern am allerwenigsten beachtet werden, so auch unser Gesangsverein der schon mehrere Jahre besteht. Während der Kriegszeit mußten die Übungsabende vollständig ausfallen. Nun die Kriegsteilnehmer nach Hause gekommen sind und die Arbeitszeit eine geringere ist, beginnt unsere Liedertafel am 8. April, abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Schiffmacher-Gewerkschaftshaus, Vorst. Graben 9, mit den regelmäßigen Gesangsabenden. Leider mußte früher festgestellt werden, daß ein großer Teil der Mitglieder der einzelnen Ortsvereine sich nicht daran beteiligen wollten und so ergibt sich der Ruf an sie, so frei und fest ein jedem dem Ortsverein angehört, so müßten recht viele auch dem Gesangsverein treue Mitglieder sein. Nachdem nun der Ortsverband und die Ortsvereine einen großen Zuwachs an Mitgliedern haben, werden sich unter diesen auch viele befinden, die jede Woche einen Abend Zeit, Lust und Liebe haben werden, sich an den Gesangsabenden zu beteiligen. Es wird ja auch nur dieses Hinweises bedürfen, und unsere Liedertafel muß und wird dann der größte Gesangsverein am Orte werden und auch bleiben. Abgesehen von den Kollegen, die in anderen Vereinen singen, bleiben noch sehr viele janggesungene darunter übrig, die sich unserem Verein anschließen können und nun auch werden. Der Vorstand der Liedertafel ersucht nun die einzelnen Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes und der Ortsvereine, wenn nicht als aktive so doch als passive Mitglieder sich daran zu beteiligen, und vor allem in den Ortsvereinsversammlungen darauf hinzuweisen, daß es noch einen Gesangsverein im Rahmen des Ortsverbandes gibt, der das deutsche Lied pflegt und die Geselligkeit fördert. Darum Kollegen laßt Sie diesen Ruf nicht ganz unbeachtet vorübergehen, denn jeder Sangesungene ist freundlichst willkommen. Die Übungsabende finden jeden Dienstag von 7-9 Uhr abends im Vereinslokal statt. Liedertafel der deutschen Gewerkschaften (S. D.) in Danzig.

Mit treudeutschem Sängerkorps  
G. M i l a r t, Vorst.

Wirtschaftliches.

Die Eingabe zur deutschen Reichsverfassung, das Recht des deutschen Volkes an seinem Vorden und den Schäden klar in einem Artikel der Verfassung zum Ausdruck zu bringen, ist öffentlich mit einer Begründung Heft 5 der „Wochenreform“. Außerdem enthält auch die Nummer wieder eine Reihe von Tatsachen und Berichten, die deutlich zeigen, wie dringend notwendig gerade jetzt die Bodenreform-Bestrebungen Erfüllung verlangen.

Die „Wochenreform“ ist die verbreitetste Zeitschrift für volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Bildung im deutschen Sprachgebiet. Sie kostet vierteljährlich nur 1.50 Mk. bei jeder Buchhandlung und Post. Probenummern werden kostenfrei der Verlag „Wochenreform“, Berlin NW. 23, Postfach 11.

München. Am Sonntag, den 25. März tagte in München im „Theodor Körner-Saal“ eine Gewerkschaftsversammlung des frankischen Bezirksverbandes, die sich eines guten Besuches erfreuen durfte. In derselben sprach der erste Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gewerkschaften Gustav H a r t m a n n, Berlin, Mitglied der Nationalversammlung über das Thema: „Die deutschen Gewerkschaften im neuen Volksstaat“. Eingangs seiner Rede streifte er kurz die Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften seit ihrer Gründung im Jahre 1868, die folgende Hauptpunkte in sich schloßen: 1) Gleichberechtigung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis, im Staat und in der Gesellschaft, 2) angemeßener Anteil am Ertrage der Arbeit, 3) Einführung und Ausbau des Arbeiterschutzes, 4) Ausbau der Arbeiterversicherung, 5) Schaffung der Unternehmenseinrichtungen verschiedenster Art, 6) Koalitionsfreiheit und freies Vereins- und Versammlungsrecht. Der Redner hob hervor, daß nun eine Staatsumwälzung erfolgt sei und wir Gewerkschaftler die Republik anerkannt und zur Mitarbeit und Wiederaufbau des am Boden liegenden deutschen Vaterlandes jederzeit bereit seien; ebenso zur Wiederherstellung der Ordnung und der Arbeit. Eingehend beleuchtete er die Sozialisierungsfrage, das Mätesystem und die jetzt bestehende zweifelhafte Garantie für völlige Koalitions-, Presse-, Versammlungs- u. Vereinigungsfreiheit. Unsere Finanznöten und künftig erforderlicher Wettbewerb auf dem Weltmarkte für Industrie und Handel beleuchtete der Referent in eingehender Weise. Die endgültige Beseitigung des Kleinrentnerverhältnisses der Arbeiter bei Bestimmung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Einstellung und Entlassung des Arbeiters, wie sie jetzt geschaffen sei, sei ebenfalls eine alte Forderung der Gewerkschaften und müsse solche auch strikte durchgeführt werden, insbesondere müssen sie den Arbeiterratschlägen, oder Betriebsräte, wie man sie künftig nennen werde, Einfluß in die Geschäftsbläser und ganze Geschäftslage energisch verlangen und die Erträge der Betriebe könnten soweit nicht mehr einseitig auf die Arbeitgeber fallen wie bisher. Der Gleichberechtigung im Staat sei man ziemlich näher gerückt, seien jetzt doch Arbeiter an regierender Stelle, ebenso sei in der Gesellschaft der Arbeiter näher gerückt. Zur Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei mehr wie je die Durchführung der Tarifverträge erforderlich, die die deutschen Gewerkschaften von jeher auf dem Programm gehabt hätten, darüber werde ein geregelter Verhältnis gewahrt und dem Arbeiter angemessener Anteil am Ertrage der Arbeit gesichert, den man sich aber nicht als unerlöste Lohnforderung darstellen soll. Ueber die Erweiterung und Ausbahrung des Arbeiterschutzes insbesondere für Jugendliche und Frauen verbreitete sich der Referent ganz besonders. In Bezug auf Aufhebung der Heimarbeit äußerte sich der Redner dafür, daß solche mit Rücksicht auf Kriegserwitwen und Invaliden usw. nicht ganz aufgehoben werden sollten, jedoch müsse aber streng darauf geachtet werden, daß dieselben dann aber nicht mit Schmutzlohn entlohnt würden und deren Wohnungen dadurch keine gesundheitlichen Nachteile mit sich brächten. Zum Kapitel Ausbau der Arbeiterversicherung gehörte ganz besonders die Einführung der Wöchnerinnenunterstützung in die Reichsversicherungsordnung, ferner eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung, die gleich den sozialen Versicherungen durch feste Beiträge gestützt werden müsse, die aber ohne einen gewissen Arbeitszwang nicht zu fundamensteren sei. Erweiterung der Invaliden- und Altersversicherung und Ausbau der Krankenversicherung müsse unter allen Umständen gefördert werden. Unserer Unternehmenseinrichtungen, die früher speziell von den freien Gewerkschaften so verhöhnt wurden, hätten nun bei allen anderen Gewerkschaften Nachahmung gefunden, was beweist, daß wir mit unserem Programm in allen Teilen bahnbrechend vorgegangen seien. Ein Trennpunkt zwischen den freien Gewerkschaften und uns Gewerkschaften bilde bei ersteren Klassenkampf, während wir die Mitteleinziehung der Religion in die Wirtschaftskämpfe wie es die Christlichen Gewerkschaften vorziehen, einstimmig ablehnen. Mit diesen Darstellungen hatte nun der Redner die Stellung der deutschen Gewerkschaften im neuen Volksstaat präzisiert und stellte dabei fest, daß wir also nichts unzulernen hätten. Nun verbreitete sich der Redner über die Organisationsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für erstere sei eine Organisationszugehörigkeit so erforderlich wie für letztere und die Not der schweren Zeit habe nun beide Faktoren zusammengeführt und bestehe nun Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Erstzinstzuehörigkeit der deutschen Gewerkschaften legte der Redner auch den Freiheitsbegriff der radikalen Elemente, die da und dort am Ruder seien und eine Klassenherrschaft führen, wie solche früher in stoffkonservativer Richtung gezüchtet worden sei; diese sei nun unumkehrbar zu verwerfen, da man jetzt bei der schweren Zeit einer gemeinsamen Arbeit, einer Gemeinwirtschaft bedürftig, die den Anspruch aller Kräfte erfordern, denn der Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes, Beschaffung von Arbeit und Brot sei das höchste Gebot der Stunde und dieses könne nur erreicht werden, unter dem Zeichen vollster Freiheit und Gleichberechtigung und darum treten wir Gewerkschaften ein 1) für das nationale Ideal, 2) für soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft, 3) für geistige und politische Freiheit u. Selbstverwaltung, 4) für ethische Erziehung und Hebung der Einzelwesen zu freundlicher und wirksamer Mitarbeit der Gesamtheit. Das sei das hehre Ziel für das jeder eintreten müsse, der es ehrlich meint im neuen Volksstaat und daran müsse festgehalten werden trotz allen Stürmen, dann werde auch nach diesen trüblichen Tagen die Sonne wahrer Freiheit wieder scheinen, und darum müsse eingetreten werden für ein einiges Deutschland und eine starke Gewerkschaftsbewegung. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine klaren Ausführungen. In der Diskussion ergriff zuerst Landtagsabgeordneter S c h n i t z l e r das Wort, der insbesondere den Begriff wahrer Freiheit beleuchtete und folgende Entschlieung zur Annahme entwarf, welche Annahme fand:

Entschlieung.

Die heute hier tagende Bezirksversammlung der deutschen Gewerkschaften S. D. stellt nach Anhören eines Referats des Abgeordneten und Verbandsvorsitzenden Hartmann-Berlin über unsere Stellung im neuen Volksstaat sowie nach Durchsprechung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage einmütig auf dem Standpunkt, daß es eine dringende Aufgabe der deutschen Gewerkschaften ist, die wirtschaftliche,

Die Zentralratsitzung

am 28. März beschäftigte sich mit den Anträgen zum Verbandstage. Die summarische Tagesordnung wurde widerspruchlos angenommen. Die Referenten für die einzelnen Punkte der Tagesordnung können erst später bekanntgegeben werden, da die Wahlen der Abgeordneten zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind. Es kann aber schon heute gesagt werden, daß das Referat über die Sozialisierung der Abgeordnete D r a u m a n n, das über die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung der Kollege L e w i n übernehmen wird. Die vom Kollegen R e u s e d t gemachten Vorschläge zur Deckung der Unkosten für die Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wurden angenommen. In der Aussprache wurde allgemein die hohe Bedeutung dieser Einrichtung für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens gewürdigt. Im Anschluß daran erstattete Kollege R e u s e d t einen kurzen Bericht über den Delegiertentag des Gewerkschafts der Tabakarbeiter, der einen erfreulichen Verlauf genommen hat und zu der Hoffnung berechtigt, daß der Gewerkschaft in der Zukunft eine schnellere Entwicklung nimmt. Den Schluß der Sitzung bildeten Mitteilungen aus dem geschäftsführenden Ausschusse.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Der deutschdemokratische Gewerkschaftsbund, der Ende vorigen Jahres gegründet worden und dem auch der Verband der Deutschen Gewerkschaften Körperlich angeschlossen ist, hat beschlossen, seinen Namen abzuändern u. heißt nunmehr „Deutscher Gewerkschaftsbund“. Diese Namensänderung bedeutet keinerlei Veränderung in den Grundanschauungen dieser Vereinigung. Sie ist vielmehr voranläßt dadurch, daß der frühere Name vielfach zu der irrigen Ansicht führte, als ob der Gewerkschaftsbund eine politische Organisation wäre, die auf dem Boden der deutschen demokratischen Partei steht. Das ist nicht der Fall, sondern der Gewerkschaftsbund ist nach jeder Richtung hin neutral. Lediglich zur Verhütung solcher irrigen Auffassungen ist die Namensänderung vorgenommen worden.

Wohin führt der Weg?

Unter diesem Titel veröffentlicht Th. Thomts in den „Sozialistischen Monatsheften“ einen Artikel, in dem er u. a. schreibt: „Wir sind als Gewerkschaftler für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter auch während der Revolution, soweit und so nachdrücklich es nur immer geht. Man komme uns also nicht mit dem banalen Einwand: Da steht, die Gewerkschaftler fangen schon an, Angst vor der eigenen Courage zu bekommen. Darum handelt es sich heute nicht. Wo es gilt, den bloßen Mehrwert zu erfassen, da werden wir die Arbeiter schon veranlassen, sich das ihnen Zukommende zu erringen. Wo es sich aber darum handelt, daß sich der eine Teil der Arbeiterschaft vom Blut es andern nährt, wo Lohnbewegungen der einen Schicht die nächste lahmlegen, und so fort bis zum grauenamen Ende, wo die höheren Löhne nicht mehr vom Profit, sondern vom Betriebskapital, von den Reserven, vom Kredit genommen werden, da hört jedes Stillstehende, hört jede Geduld auf. Führt das doch zum Verbrechen an unserm ganzen Volk. Viel zu lange haben die Gewerkschaften diesem grauenamen Spiel zugesehen, viel zu spät kommen vielleicht die warnenden Stimmen. Aber es konnte ja niemand voraussehen, daß die Revolution zu einer einzigen Lohnbewegung werden würde, die beim Bergmann beginnt und alle Schichten erfasst, bis sie schließlich durch den Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin zur Tollheit führte.“

Demokratie oder Diktatur

das ist die Frage, die dieser Tage zur Entscheidung steht. Nicht bloß die Vorgänge in Rußland und Ungarn verdienen unserer Beachtung, sondern erst recht die in Bayern, Braunschweig usw. Ueberrahdliche Elemente sind mit der Demokratie, mit der Achtung vor dem Mehrheitswillen des Volkes nicht zufrieden, sondern sie verlangen die Diktatur einiger Gewaltmenschen. Soll nun zu allem Glend des Krieges nun noch ein Bürgerkrieg des Volkes ruiniert? Unausbleiblich ist er, denn die Mehrheit des Volkes wird sich auf die Dauer einen solchen Terrorismus der Minderheit nicht gefallen lassen. Wenn sie sich gegen eine Diktatur von oben wehrte, wird sie auch eine solche von unten nicht zulassen können. Nicht die Gewalt, sondern die Gerechtigkeit muß die Grundlage des neuen Volksstaates sein. Mit besonderer Aufmerksamkeit wird man die Vorgänge in Bayern usw. verfolgen müssen. Hoffentlich siegt doch noch die Vernunft über Unverständnis.

Ein einheitliches Arbeitsrecht.

Die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeziehungen umfassenden Arbeitsrechts sind nach einer Mitteilung des „Wolffschen Telegraphenbüros“ jetzt so weit gediehen, daß sofort nach Osten eine Arbeitskommission im Reichsarbeitsministerium zusammengetreten soll, der die Ausführung der Vorarbeiten im einzelnen für das Gesamtwerk obliegen wird. Es wird beabsichtigt, nicht nur das ganze Gebiet des Arbeitsvertragsrechts unter Beachtung der Sonderart der einzelnen Arbeitnehmergruppen einheitlich zusammenzufassen, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufszugehörigkeit und das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln. Dabei soll Ueberlebtes aufgegeben und dem heutigen Sozialbedürfnisse Rechnung getragen werden. Schon in naher Zeit wird außerdem ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den für die gesamte Arbeitsverfassung ein klarer und zweckmäßiger Aufbau geschaffen werden soll. Einmal wird ferner an die Einführung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten, doch bedarf diese Frage noch näherer Prüfung, zumal darüber in den Kreisen der ordentlichen Gerichte und deren Aufgaben eingegriffen werden würde. Sobald die Vorarbeiten in der Arbeitskommission abgeschlossen sind, sollen die Einzelentwürfe in einem größeren Kreise von Sachverständigen, die allen beteiligten Gruppen entnommen werden sollen, zur Erörterung gestellt werden.

**Briefkasten der Redaktion.**

S. V. Durch die vielen Nachbestellungen infolge Neuannahmen von Mitgliedern war die Auflage der „Eiche“ völlig erschöpft. Mit dieser Sendung kommen die gewünschten Exemplare.

N. A. In diesen Zeiten sind Verkehrsstockungen so häufig, daß beim besten Willen Verzögerungen unvermeidlich sind. Ich bitte die Verhältnisse, in denen wir leben, zu berücksichtigen.

**Amliche Bekanntmachungen.**

**Bekanntmachung des Hauptvorstandes.**

**Ergebnis der Wahlen zur Generalversammlung.**

1. Wahlbezirk: Gewählt **Kidhahn-Elbing**, Stellvertreter **Hinz-Thorn**.
2. Wahlbezirk: Gewählt **Verger-Danzig**, Stellvertreter **Gosda-Danzig**.
3. Wahlbezirk: Gewählt **Wittenberg-Stolz**.
4. Wahlbezirk: Stichwahl zwischen **Schuster-Viegnitz** und **Nothe-Breslau**.
5. Wahlbezirk: Stichwahl zwischen **Kiel-Schweidnitz** und **Kupperech-Langenöls**.
6. Wahlbezirk: Gewählt **Mehle-Berlin**, Stellvertreter **Wilhelm-Berlin**.
7. Wahlbezirk: Gewählt **Damp-Berlin**, Stellvertreter **Martin-Spandau**.
8. Wahlbezirk: Gewählt **Kenner-Hamburg**, Stellvertreter **Fischer-Rathenow**.
9. Wahlbezirk: Gewählt **Magrod-Schmölln**, Stellvertreter **Seih-Werdau**.
10. Wahlbezirk: Gewählt **Schüler-Zeitz**, Stellvertreter **Thiesemann-Halle**.
11. Wahlbezirk: Gewählt **Landau, Hagen**, Stellvertreter **Höttger-Düffeldorf**.
12. Wahlbezirk: Gewählt **Dörnberger-Berleburg**, Stellvertreter **Stremmel-Berleburg**.
13. Wahlbezirk: Gewählt **Dornhöfer-Feudingen**.
14. Wahlbezirk: Gewählt **Renebe-Lue**.
15. Wahlbezirk: Gewählt **Schönharde-Laasphe**.
16. Wahlbezirk: Gewählt **Vensberg-Köln**, Stellvertreter **Bögel-Elberfeld**.
17. Wahlbezirk: Gewählt **Mönch-Ansbach**, Stellvertreter **Treu-Fürth**.
18. Wahlbezirk: Gewählt **Seeger-Mugsburg**, Stellvertreter **Jorstner-Mugsburg**.
19. Wahlbezirk: Gewählt **Gut-Laupheim**.
20. Wahlbezirk: Gewählt **Schamloffe-Kaiserslautern**, Stellvertreter **Schäuble-Schramberg**.

Nach vorstehendem Wahlergebnis ist die Wahl in 18 Wahlbezirken endgültig erledigt, dagegen finden in 2 Wahlbezirken, im 4. und 5., Stichwahlen statt. Die Stichwahl muß am Sonntag, den 27. April vorgenommen werden. Das Resultat, Wahlprotokoll nebst Stimmzettel muß spätestens Freitag, den 2. Mai zu Händen des Revisors H. Feist, Berlin NO. 18, Kopenstr. 37 sein. Später eingehende Resultate werden nicht

mit gezählt. Das präzisiertere Ergebnis der Wahlen wird durch Zirkular bekannt gegeben.

Der Hauptvorstand.

**Bekanntmachung des Hauptvorstandes.**

**Die 7. Generalversammlung**

der Zuschuß-Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Eingeführt: Hilfskasse Nr. 121

wird hiermit für den 2. Juli 1919, vormittags 9 Uhr, nach **Mugsburg** einberufen.

Nach den Bestimmungen der Satzung besteht die Generalversammlung aus 20 Abgeordneten, welche von den Mitgliedern der Kasse zu wählen sind.

**Die Wahl**

der Abgeordneten erfolgt am Sonntag, den 3. Mai. Für diesen Tag ist die Wahlversammlung einzuberufen. Die Wahl darf höchstens 2 Stunden — von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo der Versammlungsleiter den Wahlakt für eröffnet erklärt — dauern. Jedes wahlberechtigtes Mitglied hat nur eine Stimme. Diese ist auf andere nicht übertragbar.

Die Stimmzettel, sowie das Wahlprotokoll sind bis zum 8. Mai 1914 an den Hauptrevisor H. Feist, Berlin NO. 18, Kopenstraße 37, zu senden. Spätere Einsendungen werden nicht mitgerechnet.

**Anträge zur Generalversammlung**

müssen spätestens am 5. Mai 1919 in Händen des Revisors sein. Später eingehende Anträge können keine Aufnahme in die Tagesordnung finden. Jeder Antrag ist auf einem besonderen Zettel zu schreiben; die Begründung des Antrages ist diesem als Fußnote anzufügen. Die Rückseite des Bogens, auf dem der Antrag geschrieben ist, muß unbeschrieben sein. Der Name der den Antrag stellenden Verwaltungsstelle muß am Kopfe stehen, damit keine Verwechslungen vorkommen. Auch ist nicht zu vergessen, die Paragrafen der Satzung anzuführen, auf welche der Antrag Bezug hat.

**Tagesordnung:**

- a) Feststellung der Anwesenheitsliste.
- b) Bureauwahl.
- c) Festsetzung der Tages- und Geschäftsordnung.
  1. Bericht des Vorstandes.
  2. Bericht über den Stand der Kasse.
  3. Anträge der Satzung, Festsetzung der Gehälter und Entschädigungen.
4. Wahlen.

Der Vorstand.

**Bekanntmachung**

der Zuschuß- u. Kranken-Unterstützungskasse des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Vom Beschluß der Vorstandssitzung vom 13. März 1919 wird nach § 40 der Krankenkassensatzungen für die 16., 20. und 24. Woche je ein Extrabeitrag in der Höhe des sonst üblichen Wochenbeitrages von sämtlichen Mitgliedern unserer Krankenkasse erhoben.

Die außergewöhnlich starke Inanspruchnahme der Kasse bedingt durch die heutige Ernährungsweise, nötigt den Vorstand zu diesem Schritt.

Die Abstempelung dieser Extrabeiträge geschieht durch einen kreuzweisen Aufdruck des Stempels auf die obengenannten Wochenrubriken. Die Beiträge sind in den Wochenschlüssen auf der letzten Reihe der betreffenden Rubrik besonders aufzuführen, im Streifen mit Vermerk zu versehen und auf der Zahlkarte bei der Einsendung besonders zu vermerken.

Für den Vorstand: M. Schumacher.

**Storbefehl.**

In den Monaten Januar bis einschl. 31. März 1919 sind nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. Frauen des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammnummer der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Bezahltes Sterbegehalt		
			Ordentliche Beiträge	Freiwillige Beiträge	Summe
3081 b	Karoline Glog	Königsberg	—	—	180
3788 b	Habele Dorn	Münster	—	—	144
2148	Christian Woltraffe	Elbing	80	75	155
1165	Baul Schmidt	Breslau II	50	75	125
4220	Julius Frische	Schmölln	60	—	—
6069 b	Mina Krubt	Stargard	—	—	180
7193	Ernst Wäcker	Werdau	80	—	—
10715	Pauline Hoppe	Stettin	—	—	144
9581	Johann Reglein	Ansbach I. B.	45	55	100
8869	Karl Janke	L. Lindenau	80	55	135
2896	Gustav Schönewert	Halle a. E.	60	75	135
270	Gustav Lohling	Berlin III	60	—	90
4254 b	Ernestine Dahlbor	Schweidnitz	—	—	180
2495	Michael Mayer	Freiburg	50	120	—
14870	Heinrich Althaus	Berleburg	25	—	—
14502	Aug. Hagenbrader	Berleburg	—	—	—
276 b	Wilhelmine Girod	Berlin II	—	—	180
7474 c	Erwin Jolchert	Stolz	—	—	180
514	Auguste Stübbig	Spandau	—	—	180
245	Robert Schäge	Freiburg	—	—	90
1508	Friedrich Kunte	Elbing	60	85	—
2659	Ernst Lannert	Berlin	60	75	—
3084	Ernst Fischauer	Königsberg	60	75	90
Summe:			700	640	2088

Ruhet in Frieden!

Berlin, den 1. April 1919.

M. Schumacher.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 16. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig.

**Anzeigen.**

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Beseit gegenüber nicht verantwortlich.

**Soziale Kommission der Deutschen Gewerkevereine Groß-Berlin.**

Allgemeine Gewerkevereins-Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses der Deutschen Gewerkevereine Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Vortrag des Kollegen G. Hartmann über:

„Die wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland“.

In dieser Versammlung sind alle Gewerkevereinsmitglieder dringend eingeladen! Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Ehrenpflicht!

Der Vorstand.

**Gewerkeverein der Deutschen Tabakarbeiter (S. D.), Sitz Heidelberg.**

**Ausschreibung.**

Auf Beschluß der General-Versammlung ist die Stelle des Generalsekretärs in unserm Gewerkeverein neu zu besetzen. Dieser Beamte hat die Geschäfte des Gewerkevereins gemäß den Beschlüssen des Hauptvorstandes und der Generalversammlung leitend zu führen und das Organ des Gewerkevereins „Deutscher Tabakarbeiter“ zu redigieren. Er muß daher mit den Fragen der Arbeiterbewegung vertraut sein, im Organisationsleben Erfahrung besitzen und in schriftlichen Arbeiten bewandert sein.

Ferner muß der Beamte rednerisch begabt und in der Lage sein, die Ideen der Deutschen Gewerkevereine zu vertreten. Er muß einem dem Verband S. D. angeschlossenen Gewerkeverein angehören und über den in Betracht kommenden beruflichen Fragen der Mitglieder informiert sein.

Die Ausschreibung wie die Gehaltsregelung erliegt nach den Beschlüssen der Generalversammlung der Hauptvorstand.

Bewerber, die sich befähigt fühlen, das Amt eines Generalsekretärs zu übernehmen, wollen ihre selbstgeschriebenen Bewerbungsbelege unter gleichzeitiger Einreichung eines kurzen Lebenslaufes und eines zur Veröffentlichung in unserem Organ „Deutscher Tabakarbeiter“ geeigneten agitatorisch wirkenden Aufsatzes alsbald, eventuell unter Angabe der Gehaltsforderungen, an das Hauptbüro des Gewerkevereins der Deutschen Tabakarbeiter zu Händen des Vorsitzenden Herrn Joh. E. Rephan, Heidelberg, Hauptstr. 22, einreichen.

Der Hauptvorstand.

**Der Gewerkeverein der Holzarbeiter Deutschlands**

bedeutet den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, Fürsorge für alle Notlagen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmertum und dem Staate.

1. Für den Beitrag von 50 Pfg. pro Woche wird gewährt:
  - a) Rechtsschutz in gewerblichen Klagesachen, auch freie Vertretung vor Gericht.
  - b) Streit-, Ausperrungs- und Maßregelungsunterstützung bis 18 M. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.
  - c) Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 6 bis 12 M. pro Woche je nach der Dauer der Mitgliedschaft. Höchstsumme 120 M. im Jahre.
  - d) Wander- und Reiseunterstützung von 2/3 Pfg. pro km bis 1000 km.
  - e) Ueberföhrungsbeihilfe von 10 bis 50 M. je nach Dauer der Mitgliedschaft. Außerdem für die Frau und jedes Kind von 10 bis 14 Jahren 2 Pfg., und für jedes Kind von 4 bis 10 Jahren 1 Pfg. pro km.
  - f) Eine Begräbnisbeihilfe von 25 M. steigend bis 60 M.
  - g) Kostenlose Vertretung in Anwalts-, Hinterbliebenen- und Unfallfällen, selbst vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin.
  - h) Die Gewerkevereinszeitung „Die Eiche“ erhalten die Mitglieder unentgeltlich. Ebenso steht ihnen die Benutzung der Ortsvereinsbibliothek frei.
  - i) Hilfe in besonderen Notfällen durch die Ortsvereine.
  - j) Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen nach besonderer Beitragsleistung.
2. Viele Unterstützungen werden nicht gegeneinander aufgerechnet. Weibliche Mitglieder, sowie Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zu 17 Jahren zahlen nur 25 Pfg. Beitrag pro Woche, wofür sie die Hälfte der vorgenannten Unterstützungsätze erhalten.
3. Der Gewerkeverein ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral.

Kollegen und Kolleginnen!

Wer im Leben vorwärts kommen will, muß organisiert sein. Wer mithelfen will, die Arbeiterlage zu verbessern, der melde sich und trete dem Gewerkeverein bei.

Der Sitz des Gewerkevereins ist in Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23.

**Fachlehrbücher 1. Ranges**

mit vielen Abbildungen.

Der praktische Tischler 33.35, Der Schreiner 19.85, Der Dorfschreiner 10.75, Der Modelltischler 4.50, Der Bandtischler 10.75, Das Schreinerhandwerk 23.10, Die Tischlerschule 15.—, Der Gezeignstischler 18.60, Bürgerliche Möbel in modernem Stil 12.90, Reiche Möbel in mod. Stil 49.—, Einfache, moderne Möbel 10.75, Elegante Hausmöbel 22.—, Englische Hausmöbel 17.60, Moderne Stuhl- und Sesselmöbel 22.—, Mod. amerikanische Stuhl- und Sesselmöbel 22.—, Reiche, elegante Lapezierer- und Sesselmöbel 17.60, Reiche, elegante Lapezierer- und Sesselmöbel 22.—, Mod. Stuhl- und kleine Salommöbel 17.60, Moderne Polstermöbel 11.—, Kleine Gebrauchs- und Stuhl- und Sesselmöbel 13.20, Kleine Phantastik- und Luxusmöbel 17.60, Möbel aller Stilarten 26.40, Moderne englische Möbel 13.20, Gotische Möbel 39.60, gotische Möbel 13.20, Renaissancemöbel 70.40, Moderne Möbel im Stile deutscher Renaissance 66.—, Louis XV 70.40, Louis XVI-Möbel 44.—, Rokoko-Möbel 26.40, Empiremöbel 66.—, Bronzebeschläge 66.—, Möbelverzierungen im Renaissancestil 13.20, Moderne Schlafzimmer 33.—, Moderne Wohn- und Speisezimmer 33.—, Kleinwohnungs-Einrichtungen 23.60, Ausgeföhrte moderne Wohnräume 26.40, Einfache Bautischlerarbeiten 19.80, Van Holzerner Treppen 11.45, Das Bautischlerwerk 26.40, Gotische Bautischlerarbeiten 35.20, Ausgeföhrte moderne Bautischlerarbeiten 19.80, Kutschmöbel der Neuzeit 26.40, Klare (roman. und gotisch) 33.—, Haus- und Zimmerdecken 16.50, Die schönsten Hausdecken und Tore 33.—, Geschichte des Möbels 26.40, Fachzeichnen für Tischler 14.85, Konstruktionslehre für Bau- und Möbelschüler (Bund) 10.60, Die Erkennung der Stilarten 6.40, Die Kunstform der Tischlerarbeiten 6.60, Kautschuklehre 66.—, Zutarfen 13.20, Holzskulpturen und Intarsien, 13.20, Moderne Holzschneid- und Schnitzarbeiten 10.75, Der Baugeler 8.60, Der Baugeler 8.—, Baderkunst 9.30, Holz- u. Marmorarbeiten 22.90, Holzschleifen, heizen, polieren 9.30, Der Drechsler 17.20, Die Fabrikation der Maschinen und Gelbleisten 7.85, Der Stellmacher 15.—, Das Viege des Holzes 4.30, Der Holzberichter 5.35, Der Schnittholzbereiter 2.90, Der Holzberichter 2.—, Der Rechenhelfer 4.25, Der Handwerker als Kaufmann 7.35, Grundriss für Kaufleute 13.50, Werkstättenbuchführung 11.—, Der Fabrikbetrieb 12.70, 1000 chem.-tech. Rezepte zu Handelskariketen 6.—, Ditzell gegen Nachnahme von L. Schwarz & Co. Verlagbuchhandlung, Berlin S. 318, Arnenstraße 24.

**Eiserne Ziehklingshobel**  
 tausendfach bewährt  
 Stück 6 75 M. (Badpreis 9.25 M.)  
 6 Stück (Postpaket) 40.— M.  
 franco Nachnahme.  
**W. Walthers, Dresden N. 22**  
 Neßfelderstraße 51.

**Worms** Durchreisende arbeiten losse Kollegen erhalten im Ortsverband von 75 Pfg. bis Verbandstotal „zum Aheim“, Aheimstr. 4.

**Biberach a. N.** Herberge im „Rosenhof“, Unterführung von 1 M. bei Martin, Kirchbergstraße 18.

**Gießen** Durchreisende Kollegen erhalten vom Gewerkeverband 1 M. bei W. Mahow, Joh. 18.